



Grundlage vorhandener Differenzen (der Geschlechter, der Nationen, der „Rassen“) behauptete, natur- oder gottgewollte Überlegenheit der einen über die anderen wissenschaftlicher Unflug ist. Die Wissenschaft hat uns gelehrt, dass es keine „Rassen“ gibt, dass Volk und Nation Produkte historisch wandelbarer Wahrnehmungen sind und dass die Unterschiede zwischen Frauen und Männern – mit wenigen Ausnahmen – sozial konstruiert sind. Auf dieser Grundlage bauen die universellen Menschenrechte und die Demokratie auf. Es ist die Aufklärung, die uns die Möglichkeit gibt, uns selbst frei zu machen von den Fesseln der Vorurteile, die immer wieder dazu dienen, uns anderen überlegen zu fühlen. Und diese Möglichkeit zur Freiheit, bedingt die Möglichkeit zur Solidarität: Im Nächsten (sei es ein Mann, der als Opfer politischer Verfolgung gefangen gehalten wird oder eine Frau, die wegen der skandalös ungleichen Verteilung materieller Güter in extremer Notlage ist) den Menschen zu sehen, der so ist wie wir selbst.

## Die Ordnung der Freiheit

Freilich: Freiheit darf nicht nur als Möglichkeit verstanden werden. Freiheit braucht auch eine Ordnung, die der Freiheit Garantien verschafft. Vor allem muss garantiert werden, dass die Freiheit des/der einen nicht die Unfreiheit der/des anderen impliziert. Deshalb ist die Freiheit der Demokratie, wie sie im 21. Jahrhundert jedenfalls in Europa verstanden wird, keine grenzenlose: Die Freiheit jedes Menschen findet ihre Grenzen in der Freiheit der anderen. Und eben das bewirkt, dass das Ziel der persönlichen Freiheit nicht im Widerspruch zum Ziel gesellschaftlicher Solidarität steht.

Die Freiheit, wie sie in der Umsetzung der Grundrechte etwa des Europarates oder der Europäischen Union, aber auch des (österreichischen) Staatsgrundgesetzes entspricht, ist eingebunden in den demokratischen Rechts-

staat. Der sorgt dafür, dass, erstens, die Minimalstandards der Demokratie gegeben sind: Freie und faire Wahlen, mit denen die einer staatlichen Ordnung unterworfenen Menschen bestimmen, wer sie – die Bürgerinnen und Bürger – regiert. Die Bürgerinnen und Bürger bevollmächtigen ihre Vertreterinnen und Vertreter, die (für einen beschränkten Zeitraum und immer kritisierbar) in einem vorgegebenen Rahmen (insbesondere der Verfassung) Entscheidungen treffen, die alle verpflichten und damit alle in ihrer Freiheit beschränken.

Zur Freiheit der Demokratie gehört der Respekt vor der Vielfalt der Interessen und Meinungen der anderen. Aber auch die Freiheit, die Vielfalt ermöglicht, hat ihre Grenzen: Im Sinne des nach 1945 entwickelten Grundsatzes der „wehrhaften Demokratie“ kann die Freiheit derer, die unter Nutzung der demokratischen Freiheitsgarantien die Freiheit der anderen zerstören wollen, eingeschränkt werden. Die Freiheit der Demokratie beinhaltet nicht die Freiheit, diese zu zerstören. Deshalb räumt der demokratische Rechtsstaat grundsätzlich die Möglichkeit ein, politische Freiheiten einzuschränken – etwa durch das Verbot von Parteien, die zur Zerstörung demokratischer Grundrechte aufrufen.

Auch das ist ein Zeichen von Solidarität: Die Ordnung der Freiheit schützt die Freiheit der Andersdenkenden – vor der Aggressivität derer, die Andersdenkende zu unterdrücken versuchen. Die demokratische Ordnung ist aber auch in der Lage, die Interessen der sozial Schwächeren zu schützen. Ökonomische Stärke wird teilweise benützt, um die Lebensrechte von Schwachen zu beeinträchtigen. Der demokratische Rechtsstaat macht einen Sozial- und Wohlfahrtsstaat möglich: durch eine progressive Besteuerung, die zu einer Umverteilung des Wohlstandes führt; durch einen Rechtsschutz, der in der Arbeitswelt den Schwachen nützt; durch ein „Sozialpartnerschaft“

genanntes System des Aushandelns der Verteilung des Wohlstandes.

## Ein immer neues Spannungsfeld

Freiheit und Solidarität sind keine Gegensätze. Aber sie stehen zueinander in einem Spannungsverhältnis. Und die Suche nach einer Balance zwischen der Freiheit, die immer primär für das Individuum gedacht ist, und der Solidarität, die gesamtgesellschaftlich orientiert ist, wird nie an einen idealen, an einen perfekten Endpunkt kommen.

Die permanente Suche nach einer Balance, das ist Aufgabe der Politik. Und diese hat Voraussetzungen, die der Solidarität Grenzen setzen – etwa die Grenzen nationalstaatlicher Souveränität. Was europäische Staaten (oder auch was die Europäische Union) beschließen, betrifft – etwa mit Bezug auf die Spielregeln des Welthandels – massiv die Lebensbedingungen von TextilarbeiterInnen in Bangladesch oder indigener Völker in Südamerika. Doch diese haben keine Möglichkeit, in Freiheit die politischen Entscheidungen der Parlamente und Regierungen in Europa zu beeinflussen. Die Freiheiten des demokratischen Rechtsstaates schließen ein – die Staatsbürgerinnen und -bürger. Von diesen Freiheiten sind aber andere ausgeschlossen, auch wenn ihr Leben von den in Europa getroffenen Entscheidungen betroffen ist.

Das ist die große Herausforderung für die permanente Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Freiheit und Solidarität: Wie können die grundlegenden Interessen derer, die an bestimmten Freiheiten (etwa der Freiheiten, die von der Demokratie in Österreich garantiert werden) nicht teilhaben, in einer solidarischen Form berücksichtigt werden? Das ist die entscheidende Aufgabenstellung der Zukunft: Freiheit und Solidarität zu verbinden, jenseits nationalstaatlicher Verengungen.

*Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka  
Politikwissenschaftler*

# Was kostet Corona?

**Die Summen, die Österreich oder Deutschland für die Bewältigung der Krise ausgeben, sind gigantisch. In Deutschland dürften die Kosten bei 570 Mrd. Euro liegen – in Österreich bei 56 Mrd. Euro bis Ende 2021.**

*Ulrike Herrmann  
Wirtschaftsjournalistin und Publizistin*

Diese Summen müssen erstaunen, denn bisher galt das Mantra, dass der Staat eine „schwarze Null“ erwirtschaften soll. Doch plötzlich scheint das Geld vom Himmel zu regnen. Der Eindruck ist nicht falsch. Das Geld entsteht tatsächlich aus dem „Nichts“. Es wird neu geschöpft, wenn der Staat Kredite aufnimmt. Viele Menschen sind beunruhigt, dass der Staat Geld „druckt“ und fürchten eine Inflation. Doch diese Angst ist derzeit unbegründet. Aktuell liegt die Inflation in Deutschland bei minus 0,2 % und in Österreich bei plus 1,4 %. Durch die Corona-Pandemie sind viele Firmen in der Krise und müssen um jede Kundin und jeden Kunden werben. Also erhöhen die Unternehmen nicht ihre Preise, sondern liefern sich eher Rabattschlachten, um die Ware abzusetzen.

## **Staaten zahlen ihre Schulden nicht zurück**

Viele Menschen treibt allerdings eine weitere Sorge um: Wie soll der Staat diese gigantischen Schulden zurückzahlen?! Doch diese Frage ist falsch gestellt. Staaten zahlen ihre Schulden nicht zurück, sondern setzen darauf, dass die Kredite langsam bedeutungslos werden – weil die Wirtschaft wieder wächst. Dieser Trick funktioniert bestens, wie die Finanzkrise gezeigt hat. Zwischen 2007 und 2012 mussten die Staaten ebenfalls viel Geld in die Wirtschaft pumpen, um einen Kollaps zu verhindern. In nur fünf Jahren stiegen die österreichischen Staatsschulden um mehr als 73 Mrd. Euro an und lagen 2012 dann bei 261 Mrd. Euro, was 82 % der Wirtschaftsleistung entsprach. Doch danach ereignete sich ein „Sparwunder“: 2019 entsprachen die österreichischen Staatsschulden nur noch 70,5 % der Wirtschaftsleistung – obwohl die Schulden sogar noch höher lagen, nämlich bei 280 Mrd. Euro. Da

aber die Wirtschaft deutlich gewachsen war, machten die höheren Schulden nur noch 70,5 % der Wirtschaftsleistung aus. Ein Staat wächst aus seinen Schulden heraus, statt sie zurückzahlen. So wird es auch nach der Corona-Krise sein.

## **Der Staat ist keine normale Familie**

Trotzdem leuchtet vielen Menschen nicht ein, warum der Staat seine Schulden nicht zurückzahlen muss. Wenn eine Familie eine Hypothek aufnimmt, muss sie diesen Kredit doch auch abtrottern. So naheliegend es wirkt, an den Staat die gleichen Maßstäbe anzulegen wie an seine BürgerInnen – bei Krediten wäre es fatal. Es würde eine schwere Wirtschaftskrise auslösen, wenn der Staat Österreich plötzlich anfangs, in großem Stil seine Schulden zurückzuzahlen. Der Staat könnte seine Kredite nämlich nur tilgen, wenn er die Steuern erhöht. Doch sobald die BürgerInnen mehr Geld an das Finanzamt abführen, hätten sie selbst weniger Mittel, um zu konsumieren. Die Nachfrage würde einbrechen, was dann in eine Wirtschaftsflaute führt.

Aber wird die junge Generation nicht belastet, wenn der Staat Schulden macht und Jahrzehnte mitschleppt? Auch diese Befürchtung ist unnötig. Denn die Jugend erbt nicht nur Schulden – sondern auch Finanzvermögen. Schulden und Geld sind immer zwei Seiten einer Medaille.

## **Der Staat hat ungeahnte Macht**

Trotzdem wird die Corona-Krise nachwirken. Denn die milliardenschweren Konjunkturprogramme zeigen, dass der Staat weitaus mehr Macht hat, als viele je vermutet hätten. Zugleich stellen sich neue Fragen. Eine wäre: Warum zahlen wir Steuern? Warum kann der Staat nicht permanent Geld aus dem Nichts schöpfen und uns in

Ruhe lassen? Es wäre doch traumhaft schön, wenn man sein ganzes Einkommen selbst verbrauchen könnte. Schön wäre es, aber diese Freude würde nicht lange anhalten. Der Staat darf nur Schulden machen, wenn die Konjunktur lahmt. Wenn die Wirtschaft boomt und die Unternehmen ausgelastet sind, wäre es kontraproduktiv, wenn der Staat noch zusätzliches Geld in Umlauf bringt. Dann steigen Preise tatsächlich, und eine Inflation ist garantiert.

Doch nicht nur Österreich oder Deutschland verändern sich durch Corona, auch die Eurozone wird neu definiert. Als erstes griff die Europäische Zentralbank (EZB) ein, um die Zinsen für Italien oder Spanien so weit zu senken, dass die Corona-Schulden tragbar sind. Bis Juni 2021 will die Zentralbank 1,35 Billionen Euro ausgeben, um Anleihen aus der Eurozone aufzukaufen. „Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliches Handeln“, twitterte EZB-Chefin Christine Lagarde. „Es gibt keine Grenzen für unser Engagement für den Euro.“

Völlig neu ist auch, dass die EU-Kommission nun ein Konjunkturpaket von 750 Mrd. Euro auflegen will, das durch Kredite finanziert wird. Bisher durfte sich die EU-Kommission nicht verschulden, sondern nur die Beiträge der Mitgliedsländer ausgeben.

Viele ÖsterreicherInnen und Deutsche verstehen nicht, warum EZB und EU-Kommission so engagiert dafür werben, Italien oder Spanien zu unterstützen. Hartnäckig hält sich das Bild, dass die „Südländer“ nicht wirtschaften könnten. Doch dieses Vorurteil ist falsch. Beispiel Italien: Das Land hat zwar hohe Staatsschulden, aber diese Kredite sind dreißig Jahre alt und werden seither verlässlich bedient. Europa muss die Pandemie gemeinsam meistern – sonst gibt es hinterher kein Europa mehr.

# Medienpolitik in Zeiten von Corona

**Wie engagiert sich die Regierung, um Pressefreiheit zu garantieren und allen Medienformaten gut durch die Krise zu helfen?**

*Ao.Univ.Prof. Dr. Fritz Hausjell  
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Uni Wien*

Die Ausgangslage beim Thema Pressefreiheit war für die neue Bundesregierung aus Türkisen und Grünen eine herausfordernde. Die türkis-blaue Vorgängerregierung, die im Mai 2019 wegen der erschütternden Video-Mitschnitte aus Ibiza im Parlament abberufen wurde, hatte ein schweres Erbe hinterlassen. Innerhalb von zwei Jahren rutschte Österreich im international vergleichenden Ranking der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ von Platz 11 auf Rang 18 ab. Die wesentlichen Gründe dafür lagen in vielfachen persönlichen Angriffen gegen JournalistInnen, in der Ausgrenzung einzelner von Pressekonferenzen, in Interventionsversuchen der Regierung in Redaktionen sowie der systematischen Benachteiligung von kritischen Medien beim Informationszugang. Zudem versuchte beispielsweise der Innenminister, das Mobiltelefon einer Journalistin zu beschlagnahmen und plante die Regierung den massiven Zugriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch eine staatliche Finanzierung.

## **Die Medienpolitik der aktuellen Regierung**

Das nach den Neuwahlen zu Neujahr 2020 präsentierte Regierungsprogramm von nunmehr Türkis-Grün versprach im Kapitel Medienpolitik eine klare Entspannung. Sie wurde damals vor allem dem Einfluss des kleinen Koalitionspartners zugeschrieben. Doch die Grünen vertreten in der Regierung nicht das medienpolitische Ressort. Dieses ressortiert vielmehr beim türkisen Bundeskanzler Sebastian Kurz, der mit den Medien-Aufgaben Gerald Fleischmann beauftragt hat. Fleischmann ist für viele JournalistInnen ein reichlich beschriebenes Blatt, hat er doch die umfassende „Message Control“-Politik der

türkis-blauen-Koalition geleitet. Eine programmatische Medienpolitik, wie sie in der Regierungsvereinbarung zwar etwas mager und gelegentlich widersprüchlich postuliert wurde, blieb bisher aus. Die konkrete Praxis der politischen Behandlung der Medien steht in eher schroffem Gegensatz dazu. Es begann damit, dass nach Ausbruch der Covid-19 Pandemie die zahlreichen Regierungspressekonferenzen vor nur ganz wenigen JournalistInnen und unter Ausschluss internationaler Medien organisiert wurden. Nachdem viele Veranstaltungen in der Lockdown-Phase entfallen waren, hätte man sofort problemlos in größere Räume wechseln und damit mehr JournalistInnen Zugang ermöglichen können. Vielfalt der medialen Sichtweisen erfordert Zugang zu Pressekonferenzen für möglichst viele. Dieser Gedanke stand offensichtlich nicht hinter der Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung in den ersten Wochen der Pandemie.

## **Medien in der Krise**

Um möglichst alle Menschen von den nötigen Maßnahmen – Abstand halten, Hände waschen, dann auch Maske tragen – zu überzeugen, setzte und setzt die Bundesregierung stark auf Insetrate und Werbespots. Diese massiven Werbemaßnahmen sind zugleich eine wesentliche Stütze für die Medien, denen im verordneten wirtschaftlichen Lockdown ganz schnell fast alle Werbeeinnahmen weggebrochen waren. Allerdings stellte sich bald heraus, dass manche Medien nur ganz spärlich sogenannte „Corona-Insetrate“ bekamen, andere indes üppig. Vor allem Boulevard-Medien, deren Gratis-Varianten bekanntlich ausschließlich von Werbeschaltungen leben, bekamen sehr viele Regierungs-Werbeaufträge. Allerdings hielten sich die meisten Menschen im

Frühjahr 2020 mehrheitlich an qualitätsorientierte Printmedien und nutzten sehr stark den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, um an vertrauenswürdige Informationen über die Pandemie zu kommen, wie eine repräsentative Befragung des Gallup-Instituts gezeigt hat.

Kritik kam daher von vielen Seiten: Der Eigentümer der Verlagsgruppe News schrieb einen erbosten Offenen Brief an den Bundeskanzler, der „Standard“ publizierte ein Memorandum im Blatt, KommunikationswissenschaftlerInnen übten öffentlich Kritik. Doch die Regierung lässt sich nach wie vor nicht in die Karten blicken. Was will sie verbergen? Warum werden die Kriterien, nach denen hier seit dem März 2020 sehr viel öffentliches Geld ausgegeben wird, nicht offengelegt? Eine Regierung, die derart intransparent handelt, handelt sich den Vorwurf ein, das möglicherweise willkürliche Ausmaß dieser an sich notwendigen Werbeschaltungen, als Druckmittel zu verwenden. Die Abhängigkeit der Medienunternehmen von diesen Regierungsinsetraten ist in der besonderen wirtschaftlichen Situation, die die Pandemie und deren Bekämpfung mit sich bringen, ziemlich groß. Eine um die Freiheit der Medien besorgte Politik müsste dem durch besondere Transparenz und klare Kriterien der Vergabe von öffentlichen Werbeaufträgen Rechnung tragen.

Die aktuelle Regierung greift erfreulicherweise vielen Medien mittels Sonderförderung finanziell zusätzlich unter die Arme. Sie geht dabei allerdings nach stark veralteten Kriterien vor, weil die letzten Regierungen sich nicht zu modernen, offensiv vielfaltsfördernden Maßnahmen durchringen konnten. Es gab zwar aus der letzten SPÖ-ÖVP-Regierung ein zwischen diesen Parteien ausverhandeltes neues Medienförderungsgesetz, das dann



aber unter der neuen ÖVP-Führung von Sebastian Kurz nicht beschlossen wurde. Man hätte es aber hier durchaus sachlich aufgreifen können. So aber wurde die Corona-Notförderung der Medien so aufgeteilt, dass sie letztlich den Medienkonzentrationsprozess verstärkt und etliche ökonomisch kleine Medien die Krise nicht überleben werden.

Dass aus einem Interview mit dem Bundeskanzler beim Privat-TV-Sender Puls4 eine unvorteilhafte Passage rausgeschnitten wurde, ist kein Ruhmesblatt für die journalistische Freiheit dieser Tage, gehört hier auch noch vermerkt. Die Corona-Werbespots der

Regierung bringen den Privatsendern viel Geld, dem öffentlich-rechtlichen ORF indes keines, weil er dazu rechtlich verpflichtet ist. Der ORF erhielt bis jetzt auch keine Corona-Notförderung, die Privatsender aber schon. Dem ORF entgingen gleichwohl wie den Privatsendern viele Werbeeinnahmen. Auch die Rundfunkgebühren fließen spärlicher, weil die corona-bedingte hohe Arbeitslosigkeit zu wesentlich mehr Gebührenbefreiungen führten. Diese werden dem ORF nicht vom Staat refundiert, die Telekomunternehmen allerdings werden für Haushalte, die wegen niedrigem Einkommen von der Telefongrundgebühr befreit

sind, entschädigt. Sinnhaft ist diese Ungleichbehandlung nicht. Viele fehlende Millionen erschweren es dem ORF, seinen publizistischen Auftrag in der Krise ordentlich zu erfüllen.

Dabei braucht die Gesellschaft in einer großen Krise mehr und bestmögliche Informationen. Das vielzitierte Prinzip „Koste es, was es wolle“ wird hier von Regierungsseite nicht angewendet. Die durch die ÖVP-FPÖ-Regierung beschädigte Pressefreiheit des Landes wurde durch die neue Regierung bisher nicht repariert. Maßnahmen zwischen regierender Politik und Journalismus müssten anders aussehen, um vertrauensbildend zu wirken.

---

# Demokratie konkret leben

## Politisches Grundbildungsseminar in vier Modulen

In mehreren Ländern wird derzeit die Demokratie ausgehöhlt und nimmt autoritäre Züge an. Auch in Österreich machten wir im Frühjahr 2020 damit Erfahrungen. Ein Teil der Grundfreiheiten und Grundrechte wurde vorübergehend wegen der Corona-Pandemie außer Kraft gesetzt. Die tägliche Information durch Pressekonferenzen war neu und sorgte für manche Verwirrung. Schief lagen wurden sichtbar: Verschiedene Gruppen wurden zügig finanziell aufgefangen, andere hintangestellt. Mehr denn je wurden der Pflegenotstand, die Schwächen unseres Schulsystems, die Arbeitslosigkeit deutlich.

Ein Jahr nach dem ersten Lockdown ist es Zeit für einen kritischen Rückblick. Welche Konsequenzen ziehen wir für unser politisches Handeln daraus? Wir werden uns mit den Voraussetzungen für eine gelingende Demokratie beschäftigen und unsere Handlungsmöglichkeiten ausloten.

### 1. Sprache Macht Politik

Was ist notwendig, damit BürgerInnen sich aktiv beteiligen? Diagnose der Demokratie in Österreich, Problemfelder und Handlungsmöglichkeiten

### 2. Globale Machtblöcke, Kapitalismus und politische Verantwortung

Globalisierung, Chancen und Schattenseiten. Kapitalismus und ein gutes Leben für alle?

### 3. Kulturelle Vielfalt und Demokratie

Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie nicht selbst schaffen kann. Wir hören von Werten, wie aber werden sie gelebt?

### 4. Angst und Solidarität im politischen Miteinander

Kollektive Ängste und Demokratie. Wie können Solidarität und Zuversicht entstehen und gepflegt werden?

#### Referentinnen:

Mag.<sup>a</sup> Lucia Göbesberger und  
Katrjn Pointner, BA, Sozialreferat der  
Diözese Linz

#### Termine:

5., 12., 19., und 26. März 2021,  
jeweils Freitag, 14 bis 17.30 Uhr

#### Kursbeitrag:

€ 25,- pro Modul  
€ 80,- für alle vier Module

Die Module können auch einzeln  
gebucht werden.

#### Ort:

Bildungshaus Schloss Puchberg,  
Puchberg 1, 4600 Wels

#### Anmeldung:

puchberg@dioezese-linz.at  
☎ +43 7242 47537  
[www.schlosspuchberg.at](http://www.schlosspuchberg.at)

# Agrarförderungen – Für und Wider

**Wenn man sich unter den Leuten an den Stammtischen, in Supermärkten oder politischen Zirkeln umhört, gewinnt man häufig den Eindruck, dass es kaum jemanden gibt, der auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Agrarpolitik kein/e ExperteIn ist.**

Nur führt dieses selbsternannte Experten-Innenum meistens zu nichts, weil die getroffenen Einschätzungen und Schlussfolgerungen oft widersprüchlicher gar nicht sein könnten. Also Vorsicht, wenn es gilt, diesen Sektor zu beurteilen.

Sind hohe oder niedrige Preise für den Hunger in der Welt verantwortlich? Selbst die FAO – die UNO-Organisation für Landwirtschaft, ist sich da nicht sicher. Im Jahr 2005 hat sie angeprangert, dass der Abwärtstrend bei den Agrarpreisen die Ernährungssicherheit von hunderten Mio. Menschen gefährdet. Drei Jahre später lautete ihre Schlussfolgerung, dass die steigenden Preise schuld sind, dass mehr als 800 Mio. Menschen Hunger leiden müssen. Zudem ist bei beiden Aussagen unter den Tisch gefallen, dass am meisten die Kleinlandwirte unter Hunger und Fehlernährung leiden, völlig unabhängig von der Agrarpreisentwicklung, weil sie ihre Landwirtschaft nur für die Versorgung des eigenen Haushalts betreiben.

## **Niedrige Preise heizen die Produktion an, hohe noch mehr**

Dass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, wird in der Agrarwelt häufig auf den Kopf gestellt. Nachvollziehbar ist, dass steigende Preise ein Anreiz sind, mehr zu produzieren. In der Landwirtschaft steigt jedoch die Produktion häufig gerade dann, wenn die Preise fallen. Bäuerliche Familienbetriebe brauchen ja um Bauer oder Bäuerin bleiben zu können, ein vernünftiges Einkommen aus der Landwirtschaft. Wenn dieses zu sinken beginnt, versuchen viele Bauern und Bäuerinnen den Verlust durch Intensivierung, Mehrproduktion oder auch durch Selbstaussbeutung zu kompensieren. „Der Bauer ist ein Glied in der Nahrungsmittelkette!“

heißt es: häufig hat er das Gefühl dort angekettet zu sein.

Keine Frage: Sieht man von Obst und Frischgemüse ab, müssen fast alle Agrargüter bevor sie zu den KonsumentenInnen gelangen, gesammelt, verarbeitet, verteilt und schließlich in Supermärkten platziert werden. Nur: Wer ist das ökonomisch schwächste Glied in der Kette? Der/die LandwirtIn weil er/sie die mit Abstand geringste Marktmacht hat. Das hat schon vor mehr als 100 Jahren zur Gründung von Genossenschaften geführt und auch die Eigenverarbeitung und Selbstvermarktung angeregt. Bis heute! In ihren Reformvorschlägen zeigt die Europäische Kommission zusätzlich neue Möglichkeiten auf, um das schwächste Glied zu stärken. Von Risikoversicherungen über Produktions- und Vermarktungszusammenschlüssen, bis zur Zulässigkeit von Preisabsprachen unter LandwirtInnen wird künftig vieles möglich sein. Wieviel davon praktiziert werden wird, hängt jedoch in erster Linie von privaten Initiativen und von den nationalen Umsetzungen der europäisch vorgegebenen Möglichkeiten ab.

Seit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahre 2003 werden 70 % der Förderungen als von der Produktion entkoppelte Flächenprämien ausbezahlt. Damit ist endlich der inakzeptable Anreiz zu Intensivierung weggefallen. Zusätzlich wurden zahlreiche Umweltauflagen eingeführt, die ebenfalls die Agrarproduktion umweltfreundlicher machen sollten. Nur ist diese an sich sehr positive Entwicklung teilweise konterkariert worden, weil die EU-Staaten den Vorschlag der Kommission, die Hektarprämien nach den Betriebsgrößen abzustufen, verworfen haben. Das hat zur Folge, dass die GroßgrundbesitzerInnen hohe För-

*Dr. Franz Fischler  
ehem. Bundesminister für Land- und  
Forstwirtschaft und EU-Kommissar*

derbeträge einstecken und dadurch auch gegen sinkende Preise wesentlich widerstandsfähiger sind. Die EU-Kommission hat daher in den jetzigen Reformvorschlägen neuerlich eine Abstufung vorgeschlagen, diese findet jedoch leider wenig Unterstützung durch die Mitgliedsstaaten.

## **Förderung der ländlichen Entwicklung – ein Etikettenschwindel?**

Nachdem 70 % der gesamten Agrarförderung in die Flächenprämien fließen, bleiben 30 % für die Förderung der ländlichen Entwicklung. Doch dieses Geld kommt nicht der Modernisierung der ländlichen Regionen zugute. Auch hier handelt es sich zum allergrößten Teil um Agrarförderung, etwa für Investitionen in die landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Ausstattung, um die Bergbauernförderung und die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen. Das Gute ist, dass diese Förderungen überwiegend positive Auswirkungen für Umwelt und Tier-Wohl haben.

Abgesehen von den Ungerechtigkeiten und den möglichen Zielverfehlungen in der Agrarförderung, regt die Förderbürokratie die LandwirtInnen immer mehr auf. Komplizierte Antragsformulare, wiederholte Kontrollen vor Ort und saftige Strafen, wenn Fehler gemacht werden, lassen schon seit Jahren nach Vereinfachung rufen. Dazu hat die Kommission umfangreiche Vorschläge gemacht, die bei genauerem Hinsehen nichts anderes als eine Verlagerung der Bürokratie von Brüssel in die Mitgliedsstaaten bedeuten.

Zurzeit macht die deutsche Präsidentschaft großen Druck um die Reform noch heuer zum Abschluss zu bringen. Man darf gespannt sein, was dabei herauskommen wird.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - int  
se - interesse - interesse - interesse - interesse - int  
e - int

## BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

### **B. Preinsack: Vom Wert des Menschen. Warum wir ein bedingungsloses Grundeinkommen brauchen, Brandstätter Verlag, Wien 2020, 191 Seiten.**

Durch die gegenwärtige Pandemie und Wirtschaftskrise sowie auf Grund der zunehmenden Digitalisierung nimmt auch die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen wieder Fahrt auf. Nicht bei den meisten politischen Parteien und bei den Gewerkschaften, aber in der Zivilgesellschaft. Es droht aber auch ein weiteres Auseinanderklaffen – durch steigende Arbeitslosigkeit verursacht – von großer Armut und enormem Reichtum, mit all den damit verbundenen gesellschaftlichen Problemen. Es geht um nichts weniger als um die Frage: Was ist der Mensch wert? Es geht um Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Jedes Kapitel dieses Buches beginnt mit einer konkreten Lebensgeschichte. Es wird aber auch auf historische Beispiele und auf unterschiedliche Begriffe (wie universelles Grundeinkommen) zurückgegriffen. Es wird die Diskussion in Österreich und der Schweiz erörtert und die Erfahrungen, die bereits gemacht wurden, reflektiert (z.B. in Finnland). Es werden die verschiedenen Sätze für die Höhe pro Monat (von 500 bis 1.000 Euro) diskutiert und welche Versicherungs- und Sozialleistungen darin enthalten sein sollen. Und schlussendlich geht es um die Frage, wie die Umsetzung gelingen kann. Ein weiteres, aber ein sehr

gut geschriebenes und umfangreiches Buch zur Thematik Bedingungsloses Grundeinkommen.

### **R. Bregman: Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit, Rowohlt Verlag, Hamburg 2020, 479 Seiten.**

Die Grundaussage dieses Buches lautet, dass die Menschheit gut ist. Ausgangspunkt ist die These, dass Menschen sich bei starker Bedrohung oder großem Leid unsolidarisch oder egoistisch verhalten. Diese These widerlegt Bregmann anhand vieler Studien und anhand von Untersuchungen während des 2. Weltkriegs, auf die er sich bezieht. Im Verlauf der Geschichte tarnt sich das Böse immer besser als das Gute und zwar immer perfekter. Die Entwicklung geht dahin, diese Tarnung zu durchschauen (psychologische Erforschung der MachthaberInnen). Hass kann sich in Freundschaft wandeln, Feinde können Freunde werden. Ein leicht und flüssig geschriebenes Sachbuch, das zum Denken anregt und nach der Lektüre wieder etwas optimistischer in die Zukunft blicken lässt.

### **Fratelli tutti – Enzyklika Papst Franziskus**

Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft – das ist der Weg, den der Papst aufzeigt, um mit dem vereinten Einsatz aller Gutwilligen eine gerechtere und friedlichere Welt aufzubauen. Mit welchen großen Idealen, aber auch auf welchem konkreten Weg lässt sich eine gerechtere Welt aufbauen? Das ist die Frage, auf die „Fratelli tutti“ zu antworten versucht. Sie entlehnt ihren Titel den Ermahnungen des hl. Franz von Assisi, der sich mit diesen Worten „an alle Brüder und Schwestern“ wandte, „um ihnen eine dem Evangelium gemäße Lebensweise darzulegen“.

### **Bitte um Druckkostenbeitrag**

Ein herzliches Dankeschön an all jene, die uns bereits nach der Juni-Ausgabe von INTERESSE mit der Einzahlung eines Druckkostenbeitrages unterstützt haben. Sollten Sie erst jetzt die Möglichkeit haben, uns einen freiwilligen Druckkostenbeitrag in Höhe von **9 Euro für das Jahr 2020** zu überweisen, danken wir Ihnen schon im Voraus sehr herzlich dafür.

Ein Zahlschein liegt bei.



### **Meine neue Freiheit**

Wenn das tote Laub auf das gärende Fallobst herniederschwebt, kommt die Jahreszeit der Kontemplation. Trotz aller Beschaulichkeit mischt sich heuer Unbehagen in meine Naturstudien. Witterung und Schwerkraft – muss das sein!? Schränkt mich dieser alljährliche Klimawandel nicht total in meinen Wünschen und Bedürfnissen ein? Ist es nicht eine bodenlose Frechheit, was sich diese Gravitation mir gegenüber herausnimmt? Fast 70 Kilo auf der Waage, einstellige Temperaturen: Ich will in Bergseen schwimmen und nicht immer weitere Hosen kaufen müssen! Als mündige Bürgerin lasse ich mich nicht in meinen freien Entscheidungen einschränken! Die breite Masse lässt sich das willenlos einreden. Schlafschafe allesamt. Schuld sind die Systemmedien – sie schreiben im Sommer den Herbst herbei, und weil alle es glauben, fallen mir die Äpfel auf den Kopf. Im Hintergrund walten dunkle Mächte, die meinen Gewichtstsunami verursachen, an mir kann das nicht liegen. Es ist mir unverständlich, warum sich die Leute so die Gehirne waschen lassen. Kaum sehen sie in der ZiB, dass Grippesaison ist, fangen die Hypochonder an zu niesen. Schimpft man über das Wetter, kommt schon ein Systemverteidiger und beschränkt mich in meiner Meinungsfreiheit. Da mache ich nicht mehr mit, ich will frei sein wie ein bunter Schmetterling! Ich schreibe nur noch schnell diese Kolumne fertig, dann rufe ich im Facebook zu einer Demo gegen Erdrotation und Kalorien auf. Aber man darf heutzutage ja gar nichts mehr sagen! Schneiden Sie sich meine Worte gleich aus dem Heft und verstecken Sie den Zettel unter dem Kopfpolster, sonst kommt die EU oder Rudi Anschober, beschlagnahmt Ihre Ausgabe von „Interesse“ und stiehlt Ihnen den SUV aus der Garage!!!

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - interesse  
se - interesse - interesse - interesse - interesse  
e - interesse - interesse - interesse - interesse

# TERMINE

## Tag des Judentums

### Warum immer wieder die „Juden?“

Antisemitismus in Verschwörungstheorien, Vorurteilen und aktuellen Erfahrungen

Di., 14. Jänner 2021, 19 Uhr im Priesterseminar der Diözese Linz, 4020 Linz, Harrachstraße 7

Referenten:

*Prof. Dr. Roland Cerny-Werner*, Fachbereich Bibelwissenschaft und Kirchengeschichte Universität Salzburg  
*Mag. Benjamin Nägele*, Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

Verbindliche Anmeldung mit Namen, Adresse, Telefon/E-Mail unbedingt erforderlich. Bei Verhinderung bitte wieder abmelden!

[oekumene@dioezese-linz.at](mailto:oekumene@dioezese-linz.at)

☎ (0732) 76 10-32 56

## Offener Sozial-Stammtisch

### Wie hängen Klimawandel und Migration zusammen

Do., 28. Jän. 2021, 19 Uhr im Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Referent: *Elias Bierdel*, deutscher Journalist

## Demokratie konkret leben – Politisches Grundbildungsseminar in vier Modulen

Termine: 5., 12., 19., 26. März 2021, jeweils Fr., 14 bis 17.30 Uhr im Bildungshaus Schloss Puchberg, 4600 Wels, Puchberg 1

Referentinnen: *Mag.<sup>a</sup> Lucia Göbesberger*, *Katrin Pointner*, *BA*

Info/Anmeldung: [puchberg@dioezese-linz.at](mailto:puchberg@dioezese-linz.at), ☎ (07242) 475 37

Näheres siehe Seite 5.

## „zusammen leben“

### Kritik & Alternativen zur Spaltung der Gesellschaft Befreiungstheologisches Seminar

Do., 25. Feb. 2021, 17 Uhr bis Sa., 27. Feb. 2021, 17 Uhr

Ort: Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

#### ReferentInnen:

*Prof. DDr. Nikolaus Dimmel* (Politikwissenschaft, Universität Salzburg)

*Dr.<sup>in</sup> Julia Lis* (Theologie, Institut für Theologie und Politik, Münster)

*Niall Cooper* (Church Action on Poverty, Manchester)

Das Seminar ist ökumenisch und international vorbereitet. Seminarsprache deutsch (englisch wird übersetzt).

**Anmeldung bis 25. Jänner 2021:** [cardijnverein@gmail.com](mailto:cardijnverein@gmail.com)

**Nähere Infos:** [www.cardijn-verein.org](http://www.cardijn-verein.org)

**VeranstalterIn:** KAB OÖ und Betriebsseelsorge Österreich, kj, Cardijn Verein

  
**Autofasten**  
Heilsam in Bewegung kommen



### Klimafreundlich unterwegs

Autofasten ist ein wirksames Mittel zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und hilft dem **Klimawandel** entgegenzuwirken.

Die von den katholischen und evangelischen Umweltbeauftragten getragene Initiative vom **Aschermittwoch, 17. Februar bis**

**Karsamstag, 3. April 2021** lädt ein, das eigene **Mobilitätsverhalten** zu **überdenken** und auf sanfte Mobilität umzusteigen.

### Autofasten – immer ein Gewinn!

Neben dem Zugewinn an körperlicher Fitness und dem Schutz unserer Erde durch weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß, gibt es auch schöne Preise zu gewinnen. Erfahren Sie mehr unter

**[www.autofasten.at](http://www.autofasten.at) oder folgen Sie uns auf [Facebook.com/Autofasten](https://www.facebook.com/Autofasten).**

### Weitere Informationen und Kontakt:

**[www.autofasten.at](http://www.autofasten.at)** oder Sozialreferat der Diözese Linz,

Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10-32 51



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)

Herausgeberin und Verlegerin: Mag.<sup>a</sup> Lucia Göbesberger

Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz

Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51

E-Mail: [sozialreferat@dioezese-linz.at](mailto:sozialreferat@dioezese-linz.at), [www.dioezese-linz.at/soziales](http://www.dioezese-linz.at/soziales)

Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederdorf 15

Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz

Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

  
Katholische Kirche  
in Oberösterreich